

29 WISSEN



Das Recht auf Miteinander

Die Vereinten Nationen garantieren behinderten Kindern die freie Wahl ihrer Schule. Profitieren sie von mehr Normalität, oder brauchen sie besonderen Schutz? Ein Streitgespräch

DIE ZEIT: Knapp 500 000 Kinder und Jugendliche besuchen derzeit in Deutschland eine sonderpädagogische Fördereinrichtung. Sind die alle auf der falschen Schule?

ULF PREUSS-LAUSITZ: Zugespielt könnte man das so formulieren. Wir brauchen zwar Sonderpädagogien, aber keine Sonderschulen. Die Aufgabe dieser speziellen Fördereinrichtungen wird es in Zukunft sein, sich selbst überflüssig zu machen. Ihre Lehrer sollen an die allgemeinen Schulen wechseln, wo sie helfen, behinderte wie nichtbehinderte Kinder gemeinsam zu unterrichten. Denn die Kompetenz der Sonderpädagogien kann sich im gemeinsamen Unterricht am besten entfalten.

THOMAS STÖPPLER: Ich sehe das völlig anders. Wir brauchen eigenständige Sonderschulen auch weiterhin, und zwar in ihrer ganzen Breite und Differenziertheit. Denn es gibt Schüler, die in einer sonderpädagogischen Einrichtung – zumindest zeitweise – am besten gefördert werden. Dazu gehören Lernbehinderte, massiv Verhaltensgestörte oder Jugendliche mit enormen Sprachdefiziten.

PREUSS-LAUSITZ: Aber schon die Definition, wer auf eine Sonderschule gehört, ist doch alles andere als klar! Anders ist nicht zu erklären, dass im Saarland dreimal so viele schwer sehbehinderte Kinder festgestellt werden wie in Niedersachsen; in Mecklenburg-Vorpommern haben wir angeblich doppelt so viele Fälle geistig Behinderte wie in Baden-Württemberg; und in Thüringen werden siebenmal so viele Kinder als verhaltensauffällig eingestuft wie in Schleswig-Holstein. Da stimmt doch etwas nicht!

ZEIT: Einmal abgesehen von möglicherweise falschen Zuweisungen: Kann man sich wirklich vorstellen, dass ein geistig behindertes Kind im Rollstuhl in einem Klassenraum mit gesunden Schülern zusammen unterrichtet werden soll?

PREUSS-LAUSITZ: Sie können es sich vielleicht nicht vorstellen, weil Sie es niemals in Ihrer Schulzeit erlebt haben. Auch ich habe es nicht geglaubt, bis ich es gesehen habe – zum Beispiel in einer Schule in Brandenburg, die ich jahrelang begleitet habe. Sie hat Kinder mit allen Behinderungsarten aufgenommen, und das hat ganz wunderbar geklappt. Ein körperlich und geistig schwer mehrfach behindertes Kind hat dort natürlich einen individuellen Förderlehrer an seiner Seite. Für mehrere Stunden bekommt es auch Einzelunterricht oder geht zur Physiotherapie. Aber es fühlt sich als Teil seiner Klasse und lernt dort enorm viel – jedenfalls sicherlich mehr als in einer Schule für geistig Behinderte. Aus Berlin kenne ich ähnliche Beispiele.

STÖPPLER: Ich höre ganz andere Meldungen. Sonderpädagogen berichten zum Beispiel aus Berlin von erschreckenden Fällen, in denen allgemeine Schulen dem individuellen Förderbedarf von behinderten Kindern in keiner Weise gerecht werden. Die meisten Lehrer sind gar nicht dafür geschult und vorbereitet, dass in ihren Klassen plötzlich

Kinder sitzen, die ganz andere Lernvoraussetzungen mitbringen als die übrigen Schüler.

PREUSS-LAUSITZ: Wir finden natürlich auch in Integrationsklassen mal guten und mal schlechten Unterricht. Aber das spricht nicht gegen das Prinzip der Inklusion. Ob der Unterricht gelingt oder nicht, hängt selten vom konkreten Kind ab, sondern liegt meist an der Teamkompetenz der Lehrer oder der Zusammenarbeit mit den Eltern.

STÖPPLER: Das ist Unsinn. Sonderpädagogik erfordert eine hochkomplexe Didaktik, die stets auf das einzelne Kind zugeschnitten werden muss. Ob das gelingt, hängt nicht davon ab, ob irgendjemand zufällig mit einem anderen gut kann.

ZEIT: Sondern womit?

STÖPPLER: Ob der Lehrer gut ausgebildet ist und ob das pädagogische Umfeld stimmt. Ein schwer verhaltensauffälliges Kind etwa benötigt ein klar strukturiertes Lernarrangement, während ein massiv lernbehindertes Kind eine eher offene Lernsituation braucht, wo es etwas entdecken kann. Ein hörbehindertes Kind braucht eine gute Ausleuchtung, um das Mundbild ablesen zu können – für blendempfindliche sehbehinderte Kinder bedeutet aber helles Licht eine erhebliche Einschränkung. Diese Schüler kann man nicht alle mit gesunden Kindern so nebenbei im Klassenraum unterrichten!

PREUSS-LAUSITZ: Aber Kollege Stöppler, die Vorstellung, man benötige für unterschiedliche Kinder getrennte Didaktiken, ist eine Pädagogik des 19. Jahrhunderts.

STÖPPLER: Wieso denn das?

PREUSS-LAUSITZ: Wir wissen doch längst, dass es wenig Sinn ergibt, zehn lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder in einem Raum zu unterrichten. Kinder lernen am besten von anderen Kindern. Wenn es aber niemanden gibt, von dem sie lernen können, sind die Fortschritte gering. Deshalb schaffen knapp achtzig Prozent aller Sonderschüler nicht einmal den Hauptschulabschluss; das gilt auch für körperbehinderte, geistig nicht beeinträchtigte Schüler. Nur zwei Prozent der Förderschüler bringen es zum mittleren Schulabschluss, die Abiturquote ist fast gleich null. Das zeigt doch das Versagen dieses Konzepts.

STÖPPLER: Glauben Sie wirklich, dass alle Kinder in integrativen Beschulungsformen plötzlich den Hauptschulabschluss oder gar das Abitur ablegen? Das Gegenteil wird der Fall sein! Die meisten Kinder mit Behinderungen werden dort nur nebenherlaufen. Denn die Lehrer in den Regelschulen sind bislang in keiner Weise auf die Förderschüler vorbereitet. Bevor wir von Inklusion reden, müssen wir dafür erst die notwendigen Bedingungen schaffen. Das aber kostet Zeit und Geld.

PREUSS-LAUSITZ: Diese Art der Argumentation kenne ich seit drei Jahrzehnten: »Erst muss die allgemeine Schule ganz toll werden, dann können wir mit der Integration beginnen.« Diese Logik hat dazu geführt, dass sich fast nichts getan hat. Dafür

Gemeinsam oder isoliert?

Die deutschen Sonderschulen stehen vor einem gewaltigen Umbruch: 2009 ist auch hierzulande die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Kraft getreten (ZEIT Nr. 36/09). Sie garantiert allen Schülern mit einem geistigen oder körperlichen Handicap das Recht, **zusammen mit gesunden Gleichaltrigen** unterrichtet zu werden. Damit erscheint die bisherige Praxis in Deutschland, über achtzig Prozent aller behinderten Kinder in Sonderschulen zu unterrichten (mehr als in nahezu allen anderen Industrieländern), äußerst fragwürdig.

Die Umsetzung der UN-Konvention, so verkündete kürzlich der neue Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Ludwig Spaenle, werde ein Hauptthema seiner Amtszeit sein. Anstelle der bisherigen Politik der Integration soll dabei die **Inklusion** (von lat. »inclusio«: Einschluss) treten: Menschen mit Behinderungen sollen sich dazugehörig fühlen, die Unterschiedlichkeit soll damit zur Normalität werden. Wie das allerdings zu bewerkstelligen ist, darüber gehen nicht nur die Meinungen der Politiker, sondern auch unter den Experten und den Eltern stark auseinander.



Schülerinnen und Schüler an der SOPHIE-SCHOLL-SCHULE IN GIESSEN

Foto: [M]: Markus Hinzler für DIE ZEIT/www.markus-hinzler.com (o.); Stefan Roth für DIE ZEIT/www.stefanroth.com (beide u.)

Religiöse Vielfalt

Der Wissenschaftsrat fordert, mehr Islamkenner auszubilden

Am Anfang steht der revolutionäre Impuls. Fast alle religiösen Bewegungen haben ihren Ursprung in einem Aufbegehren gegen erstarrte Glaubensdoktrinen. Nach einiger Zeit allerdings, wenn aus der neuen Lehre selbst eine gefestigte religiöse Tradition geworden ist, reißt diese – wie jede in die Jahre gekommene Revolution – verstärkt zur Beharrung, zum Widerstand gegen Veränderungen und damit letztlich zur Verkrustung.

So gesehen, müssten die Theologen dem Wissenschaftsrat für seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologie und religionsbezogenen Wissenschaften eigentlich dankbar sein – sollen diese doch der drohenden Verkrustung der Theologie entgegenarbeiten. Denn die Strukturen an den hiesigen Universitäten, so kritisiert der Wissenschaftsrat, sind »nach wie vor an den Wissenschaftslogiken des 19. Jahrhunderts orientiert und haben noch nicht im ausreichenden Maße auf die Herausforderungen einer religiös pluralisierten Welt reagiert«.

Das Erstarken des Islams in Deutschland, die »Rückkehr der Religionen«, die Herausbildung neuer Religionsgemeinschaften – all diese Entwicklungen spiegeln sich an den Hochschulen kaum wider. Schon länger müssen sich die theologischen Fakultäten den Vorwurf der Gegenwartsferne gefallen lassen (ZEIT Nr. 1/07). Nun stellt auch der Wissenschaftsrat fest: »Mancherorts entwickeln die Fakultäten oder Institute erkennbar einseitig auf Traditions- und Statussicherung zielende Bestrebungen.« Mit anderen Worten: Die Theologie, die sich gerne als ureigenste Lebenswissenschaft begreift, igelt sich ein. Deshalb macht das höchste Beratungsgremium der Wissenschaftspolitik ernst und fordert: – mehr Profil von der christlichen Theologie, die sich stärker an interdisziplinären Forschungsprojekten beteiligen solle.

– einen eigenständigen Ausbau der Judaistik sowie der Religionswissenschaft – und an »zwei bis drei Standorten« größere Zentren für islamische Studien, die sowohl Religionslehrer als auch islamische Religionsgelehrte ausbilden.

Natürlich birgt jede einzelne dieser Empfehlungen erheblichen Zündstoff. Wie etwa werden künftig die muslimischen »Beiräte« besetzt, die bei der Berufung der neuen Islamprofessoren ein ähnliches Mitbestimmungsrecht haben sollen wie die christlichen Kirchen bei »ihren« Theologen? Werden die christlichen Theologen sich der interdisziplinären Zusammenarbeit stellen oder verstärken in private kirchliche Hochschulen abwandern? Und wie reagiert insbesondere der Vatikan auf »die dringende Bitte« des Wissenschaftsrats an die Kirchen, sich »aus der Beteiligung an den Habilitationsverfahren zurückzuziehen« und die Beteiligung in Berufungsverfahren »verlässlicher und transparenter zu gestalten«?

Keine Frage, den theologischen Fakultäten stehen bewegte Zeiten bevor. Doch in ihrem eigenen Interesse ist es allemal besser, den Schwung der Revolution zu nutzen, als friedlich der Bedeutungslosigkeit entgegenzudämmern.

ULRICH SCHNABEL

Siehe auch Feuilleton Seite 46

Ja, wo isser denn?

Die Sexualwissenschaft sucht noch immer nach dem G-Punkt

Das Jahr 2010 nach Christus: Der menschliche Körper ist bis ins letzte Gen erforscht. Der ganze menschliche Körper? Nein! Ein kleines Fleckchen leistet der anatomischen Entzauberung Widerstand: der G-Punkt. Seit Jahren debattieren Sexualforscher darüber, ob diese besonders erogene Zone überhaupt existiert. »Es gibt sie nicht«, entschied man im November am Londoner King's College. Worauf französische Gynäkologen vergangene Woche ein zweitägiges Gegen-Kolloquium veranstalteten. Unterton: Wenn sich hier jemand mit Sex auskennt, dann ja wohl wir!

Die Briten hatten 1804 Frauen – ausschließlich Zwillinge – befragt, ob diese »glauben«, einen »sogenannten G-Punkt« zu haben. 56 Prozent antworteten mit Ja. Woraus die Autoren schlossen, dass der Punkt nicht existiere. Warum? Weil sich die Antworten ein- und zweieier Zwillinge statistisch nicht unterschieden. Der G-Punkt habe demnach keine genetische Grundlage und sei schlicht ein »Hirngespinnst«. Was antwortet Frankreich? Der G-Punkt werde erst durch Stimulation aktiv, erklärte der Pariser Gynäkologe Sylvain Mimoun. Ein Drittel aller Frauen wisse einfach noch nicht, dass es ihn gebe.

Die britische Studie wurde übrigens von einer Frau geleitet.

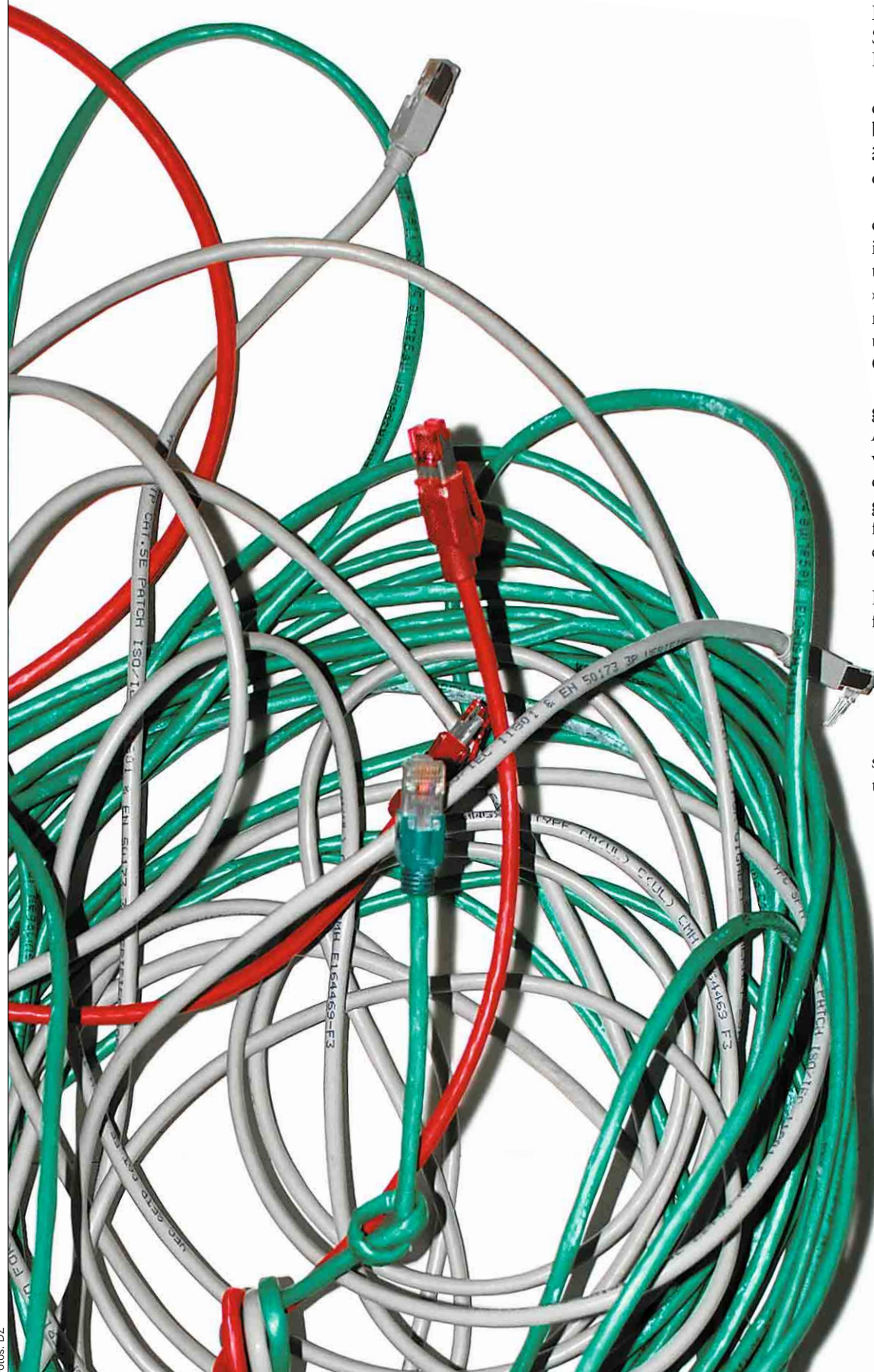
SIGRID NEUDECKER

www.zeit.de/audio

Fortsetzung auf Seite 30

Knoten im Netz

Politiker und Provider wollen mehr Einfluss auf den Datenverkehr. Web-Aktivistin wittern das Ende des freien Netzes **VON LARS REPPESGAARD**



Schon bei seinem Erscheinen 1976 sorgte das Rock-Album *Virgin Killer* von den Scorpions aus Hannover für reichlich Ärger. Ein unbekleidetes junges Mädchen, das sich lasziv rekelte, zierte das geschmacklose Cover. In den Vereinigten Staaten musste die Platte in einer alternativen Hülle verkauft werden. 32 Jahre später, im Dezember 2008, sorgte das Coverfoto erneut für Schlagzeilen – und zwar in Sachen Internetsensur. Um zu verhindern, dass ihre Kunden das obszöne Bild zu sehen bekamen, sperrten die britischen Unternehmen O₂, Virgin Media, Easynet und drei weitere Internetprovider mit einem Softwarefilter den Zugang zu einem Artikel über die Platte im Onlinelexikon Wikipedia.

Es war nicht das erste Mal, dass Internetprovider in den Netzverkehr eingriffen. Der Provider Freenet blendete 2004 sogar die komplette Webseite eines verärgerten Kunden aus – statt Kritik an Freenet wurde den Surfern eine harmlose Ersatzseite gezeigt.

Internetprovider spielen eine zentrale Rolle in der digitalen Gesellschaft. Ursprünglich beschränkte sich ihre Aufgabe darauf, Daten möglichst zuverlässig weiterzuleiten, ohne sich für ihren Inhalt zu interessieren. »Die sogenannte Netzneutralität ist ein Grundprinzip, mit dem das Internet zu so einem bedeutenden Teil unseres Lebens geworden ist«, sagt Markus Beckedahl, Gründer des Blogs netzpolitik.org.

Dieses Prinzip bedeutet aber nicht nur, dass Zugangsanbieter weltanschaulich neutral agieren sollten. Auch aus technischer Sicht sollten alle Dienste gleichwertig sein. Die Bits und Bytes einer Webseite haben dasselbe Recht, so schnell wie möglich durchs Netz geleitet zu werden, wie der Datenstrom eines Onlinefilmportals oder die digitalisierten Sprachpakete, die eine Internet-Telefonie-Software wie Skype erzeugt.

Doch nun wird dieses Prinzip infrage gestellt. »Die Provider überlegen zunehmend, wie sie von den Einflussmöglichkeiten, die sie auf das Netz haben, profitieren können«, sagt die Politikwissenschaftlerin und Netzexpertin Jeannette Hofmann von der London School of Economics.

Zensur ist dabei allerdings nicht das Motiv. Es geht den Providern nicht um das Filtern von Inhalten, sondern um neue Einnahmequellen. Die Infrastruktur-Unternehmen beobachten seit Jahren, dass ihre Margen sinken, während die Anbieter von Inhalten und Dienstleistungen prächtig verdienen. Videoportale wie YouTube sorgen Jahr für Jahr für mehr Verkehr in den Leitungen und damit für höhere Kosten bei den Leitungsbetreibern. »Da stellt sich durchaus die Frage, wer diese Kosten dann trägt«, sagt Mark Nierwberg, Sprecher der Deutschen Telekom in Bonn. Dort wird darüber nachgedacht, ob nicht bestimmte Anbieter für Premiumleitungen bezahlen sollten. Videodaten könnten dann zum Beispiel gegen Gebühr bevorzugt durchs Netz geleitet werden. »Weil das Internet so nützlich ist und so große gesellschaftliche Effekte hat, ist es eine Art Allgemeingut geworden«, sagt Nierwberg. »Es ist aber de facto ein auf Leitungen betriebenes Netzwerk, das private Unternehmen finanzieren.«

Nicht nur die Telekom denkt darüber nach, die zentrale Position im Datenverkehr stärker als bisher zu Geld zu machen. »Die meisten Provider träumen davon, nicht nur die Nutzer, sondern auch die Inhalte-Anbieter zahlen zu lassen«, sagt J. Scott

Marcus, Direktor beim Beratungsunternehmen WIK Consult in Bad Honnef. Ihr Vorbild seien die Kabelfernseh-Anbieter, die nicht nur die Abonnenten, sondern auch die Sender zur Kasse bitten.

Solche Szenarien versetzen viele Netzaktivisten in Unruhe. Sie befürchten ein Zweiklasseninternet, in dem Daten aus zahlenden Premiumdiensten mit Vollgas durch die Leitungen rasen, während der Rest der Netzwelt um die verbleibenden Kapazitäten rangeln muss. Markus Beckedahl beobachtet mit Sorge, dass die Provider bei der Modernisierung ihrer Netze immer mehr Steuerungstechnik einbauen. »Damit steigen die Möglichkeiten, den Netzverkehr zu managen und zu filtern.«

Besonders umstritten ist dabei die sogenannte Deep Packet Inspection. Dabei schauen die Provider direkt in den Datenstrom und erkennen, was gerade von A nach B übertragen wird. Ist es ein Softwarecode, ein Onlinevideo oder ein digitalisiertes Musikstück? Und wenn ja, welches? Ist es womöglich urheberrechtlich geschützt?

Der britische Provider Virgin Media möchte diese Fragen mithilfe der Software Cview beantworten und so ermitteln, welche Auswirkungen illegales Filesharing auf den Netzverkehr hat. »Ich sorge mich sehr, dass Cview, wenn es auf diese Weise genutzt wird, das Recht der Kunden auf Privatsphäre verletzen wird«, sagt Alexander Hanff, Vorsitzender der Londoner Datenschutzorganisation Privacy International (PI). Er erinnert daran, dass die British Telecom, die 2006 monatelang die Nutzung von 18 000 Kunden im Detail mitverfolgte, Gegenstand einer Untersuchung durch die Europäische Kommission ist.

Zugleich wachsen aber auch die Begehrlichkeiten in Ministerien und anderen Behörden, in das bislang neutrale Netz einzugreifen – und zwar mithilfe der Provider. »Sie werden von der Politik als Hebel gesehen, um die staatliche Steuerungsfähigkeit wieder herzustellen, die durch die Vernetzung ein Stück weit verloren gegangen ist«, beobachtet Hofmann.

Jüngstes Beispiel dafür ist der Entwurf zur Überarbeitung des Jugendschutz-Staatsvertrages. Über ihn diskutierten am vergangenen Mittwoch Politiker der Länder und Vertreter der Provider in der Mainzer Staatskanzlei. Einige missverständliche Formulierungen in dem Papier legten den Verdacht nahe, dass die Provider in Zukunft alle Inhalte untersuchen und jugendgefährdendes aus dem Netz filtern sollten. Juristen des Providers Tund1 warnen angesichts des Entwurfs in ihrem Firmenblog bereits vor dem »Ende der freien Kommunikation im Internet«.

Zwar betont Hans Ernst Hanten, der als Ministerialdirigent beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien den Dialog zwischen Politik und Providern organisiert, dass es »keineswegs darum geht, dass irgendwo zwangsweise Filter vorgeschaltet werden«. Die Vision der Jugendschützer ist aber, dass Provider und Inhalte-Anbieter gemeinsam ein Kennzeichnungssystem entwickeln. Webseitenbetreiber sollen freiwillig angeben, ob ihre Angebote jugendfrei sind. Die Provider könnten dann auf Wunsch von Eltern jugendgefährdendes automatisch ausblenden.

Der Streit um den Jugendschutzentwurf zeigt, wie empfindlich die Netzgemeinde auf alle Eingriffsversuche reagiert. »In Iran ist die Filterung des Internets auch zuerst mit dem Kampf gegen Pornografie begründet worden«, sagt Markus Beckedahl. »Am Ende stand die totale Filterung des Netzes.« Auch Chinas Zensoren begründen ihre Eingriffe zumeist mit dem Kampf gegen digitale Schmutzleichen.

Ein Grund für die hitzigen Diskussionen ist auch, dass die Netzneutralität als Prinzip nirgendwo gesetzlich verankert ist. Zwar bekennt sich die Bundesregierung im schwarz-rot-gelben Koalitionsvertrag grundsätzlich zur »neutralen Datenübermittlung im Internet«. Verbindliche Regelungen, um die Netz-

neutralität zu garantieren, gibt es aber weder auf Deutschland- noch auf europäischer Ebene. Auch das im November 2009 verabschiedete Telekommunikationspaket der Europäischen Union enthält Hofmann zufolge »beim Thema Netzneutralität statt verbindlicher Regelungen vor allem hehre Grundsätze mit großem Auslegungsspielraum«.

Der Berliner Medienwissenschaftler und Berater Robin Meyer-Lucht hat in der vergangenen Woche eine Onlinepetition zur Sicherung der Netzneutralität gestartet. »Das Internet ist mittlerweile die wichtigste Infrastruktur des demokratischen Austauschs«, sagt er. Deshalb möchte er im Telemediengesetz festschreiben lassen, dass Netzzugang und Datenübermittlung »neutral, diskriminierungsfrei und anbieterunabhängig« erfolgen müssen. »Es ist keineswegs selbstverständlich, dass die Regeln so bleiben, wie sie sind«, sagt er. So hätten die Betreiber von Mobilfunknetzen, die inzwischen alle auch den Zugang zum Internet anbieten, »einen stärkeren Hang zur Diskriminierung einzelner Dienste als die klassischen Netzanbieter«. Drei der vier deutschen Mobilnetzbetreiber verhindern, dass ihre Kunden etwa kostenlos über Skype telefonieren. Nur O₂ erlaubt seinen Kunden, mit dem Mobiltelefon zu skypen.

Daten

sind nicht gleich Daten, wenn es nach den Internet Providern ginge: Videofilme würden sie gern schneller durchs Netz leiten – gegen Bezahlung. Dazu müssten sie den Datenstrom überwachen. Bis zur Zensur im Netz ist es dann nicht mehr weit

Das Recht auf ...

Fortsetzung von Seite 29

so sollen die Eltern ein Wahlrecht auf eine bestimmte Schulform haben? Sie haben ein Recht auf sonderpädagogische Förderung, das ist etwas ganz anderes. Es gibt ein Verfassungsgerichts-urteil aus den siebziger Jahren, das besagt: Der Staat darf keinen Bildungsgang abschaffen, aber er kann selbstverständlich eine Schulform schließen – so wie es derzeit etwa mit der Hauptschule in Berlin geschieht.

ZEIT: Aber glauben Sie nicht, dass manche Eltern ihr Kind lieber auf der Sonderschule sehen?
PREUSS-LAUSITZ: Ich argumentiere jetzt verfassungsrechtlich. Die Argumentation, auf dem Wahlrecht der Eltern zu bestehen, dient doch nur dazu, das System der Förderschulen zu erhalten. Und das ist mit der UN-Konvention überhaupt nicht kompatibel. Da sind wir völlig unterschiedlicher Meinung. Und ich hoffe, das wird irgendwann verfassungsrechtlich geklärt werden. Im Übrigen ist diese Debatte, die wir gerade führen, ziemlich fiktiv, weil heute keine Sonderschulen fehlen, sondern Integrationsklassen. Darüber müssen wir im Jahr 2010 reden.

ZEIT: Erwarten Sie künftig auch von allen Lehrern, Integrationschüler zu unterrichten?

PREUSS-LAUSITZ: Selbstverständlich. Das Berliner Schulgesetz etwa erteilt allen Schulen die Aufgabe, gemeinsamen Unterricht durchzuführen. Jeder Lehrer muss damit rechnen, während seiner Berufslaufbahn auch Förderschüler in seiner Klasse zu haben. Zugegeben: Die meisten Kollegen sind auf diese Herausforderungen bislang nicht vorbereitet. Ich fordere schon lange, dass alle Pädagogen das Lehren in heterogenen Klassen und den Umgang mit verhaltensauffälligen und lernbehinderten Schülern lernen müssen.

STÖPPLER: Am besten auch noch die Gebärdensprache! Nicht jeder Pädagoge ist doch motiviert oder in der Lage, sich mit diesen besonderen Kindern zu befassen.

PREUSS-LAUSITZ: Das ist aber sein Job. Wenn er den nicht ausfüllt, sollte man ihn entlassen.

ZEIT: Wie gehen denn andere Länder mit der Problematik um, die wir hier diskutieren? Gibt es Nationen, von denen Deutschland lernen kann?

PREUSS-LAUSITZ: Die meisten Industrienationen haben sehr viel weniger Förderschüler in Sonderschulen. Länder wie Italien, Spanien oder Irland haben fast ganz umgestellt auf eine gemeinsame Erziehung. Deutschland ist weltweit ein Sonderfall ...

STÖPPLER: ... um den uns Sonderpädagogen in anderen Ländern durchaus beneiden. Ich kenne die Situation in Italien recht gut. Viele Kinder mit Lernbehinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten gehen dort in den allgemeinen Schulen komplett unter. Als Reaktion darauf haben sich inzwischen viele Privatschulen gegründet, auf die begüterte Eltern ihre behinderten Kinder schicken.

ZEIT: Wie steht es mit den Kosten? Würde ein gemeinsamer Unterricht für alle billiger oder teurer?

PREUSS-LAUSITZ: Billiger als das heutige System wird ein inklusives Schulsystem sicherlich nicht. Aber es muss auch nicht automatisch teurer werden, wie der Kollege Klaus Klemm und ich für das Bundesland Bremen exemplarisch gezeigt haben. Denn man verlagert ja nur Personal von einer Schule an die andere. Teuer ist es hingegen, zwei Systeme parallel zu finanzieren. Das können wir uns nicht leisten.

STÖPPLER: Ich sage Ihnen voraus, dass Ihr Modell ein Sparmodell wird und unsere Kollegen in den Regelschulen aufgesogen werden. Dort drohen die Sonderpädagogen zum einen zu Experten für alle schwierigen Schüler in einer Klasse zu werden. Zum anderen wird man zuerst an sie denken, wenn ein Lehrer krank geworden ist und man eine Vertretung braucht. Das Nachsehen haben die Förderschüler, die nicht mehr viel von ihrem Lehrer haben werden.

ZEIT: Abschlussfrage: Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer eines solchen Umbaus des Schulsystems, wie wir ihn nun diskutiert haben?

PREUSS-LAUSITZ: Ich bin überzeugt davon, dass das gemeinsame Lernen vor allem Gewinner produziert. In erster Linie werden die betroffenen Kinder profitieren. Sie werden nicht mehr abgesondert aufwachsen, sondern zusammen mit nichtbehinderten Gleichaltrigen. Das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts könnte so zum Wendepunkt im Unterricht von Kindern mit Behinderungen in Deutschland werden.

STÖPPLER: Für mich ist klar, dass es zahlreiche Verlierer geben wird. Die Qualität der Förderung dieser Kinder und das fachliche Know-how der Lehrer werden zunehmend schwinden. Vermutlich werden wir auf lange Sicht eine blühende Privatschullandschaft bekommen. Die großen Verlierer werden vor allem Kinder mit Behinderungen aus bildungsfernen Familien sein.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN **ULRICH SCHNABEL** UND **MARTIN SPIEWAK**

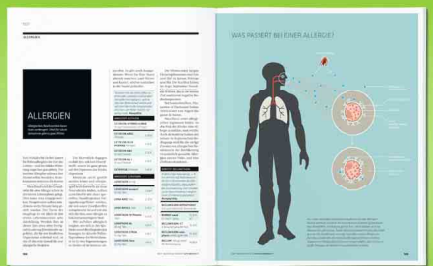
Ratgeber Gesundheit

Wissen, was wirklich hilft.

Der neue ZEIT WISSEN Ratgeber in Kooperation mit der Stiftung Warentest gibt Orientierung rund um das Thema Gesundheit. Auf 132 Seiten beantwortet er die zentrale Frage: Was hilft – und was nicht? So werden Sie zu einem gut informierten Patienten.



Was Sie tun können, um Krankheiten zu vermeiden. Und welche Therapien wirklich helfen.



Mit zahlreichen Medikamentenbewertungen der Stiftung Warentest.

www.zeit.de/wissen-shop oder 0180/5252909*

ZEIT WISSEN
RATGEBER

* 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz. Mobilfunkpreise können abweichen.